Niederschrift
über die Sitzung des Gemeinderates der Ortsgemeinde Kindsbach vom
22.11.2017

Anwesend sind:

Vorsitzende/r

Herr Knut Böhlke

Erste/r Beigeordnete/r ohne Stimmrecht

Frau Dagmar Lang-Wenzel

Ratsmitglied

Herr Gregor Budell

Herr Matthias Donauer

ab 19.05 Uhr

Herr Franz-Josef Groß

Frau Dr. Barbara Kochte-Clemens

Herr Erwin Lang

Herr Lothar Lüer

Herr Michael Lüer

Herr Michael Müller

Herr Peter Spieleder

Herr Jonas Ulmen

Herr Christian Werner

Schriftführer/in

Frau Vanessa von Ah

Abteilung 1, Personal und Organisation

von der Verwaltung

Frau Christina Schirra

Abteilung 4, Finanzen

Entschuldigt fehlen:

Beigeordnete/r ohne Stimmrecht

Herr Jens Gutwein

Ratsmitglied

Herr Christian Meinschmidt

Herr Frank Niermann

Herr Daniel Rödel

Herr Theo Wilhelm

Herr Walter Wittenmeier

weiterhin anwesend

Frau Anna-Lena Eschenbaum

Studentin, Universität Kaiserslautern, bis
19:30 Uhr

Frau Alice Müller

Studentin, Universität Kaiserslautern, bis
19:30 Uhr

Anwesenheit während der Beratung und Beschlussfassung:

TOP 1 bis TOP 2

Der Vorsitzende und 11 Ratsmitglieder

TOP 3 bis TOP 4

Ortsbürgermeister Böhlke und die Erste Beigeordnete Lang-Wenzel verlassen gemäß § 22 GemO den Sitzungstisch. Das älteste Ratsmitglied Lothar Lür übernimmt den Vorsitz.

Der Vorsitzende und 10 Ratsmitglieder

TOP 5 bis TOP 15

Der Vorsitzende und 11 Ratsmitglieder

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:05 Uhr

Die Mitglieder des Gemeinderates der Gemeinde Kindsbach sind nach ordnungsgemäßer Einladung in beschlussfähiger Anzahl unter dem Vorsitz von Ortsbürgermeister Böhlke in den Räumlichkeiten des kath. Pfarrhauses St. Josef in Kindsbach versammelt.

Der Vorsitzende eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende den Antrag, die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt 12 „Zustimmung der Ortsgemeinde Kindsbach zur geplanten Teilsanierung der Mehrzweckhalle Kindsbach durch den Schulträger- die Verbandsgemeinde Landstuhl“ zu erweitern.

Dem Antrag wird einstimmig stattgegeben. Die restlichen Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Weitere Einwände gegen die Tagesordnung haben sich nicht ergeben.

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Präsentation einer Semesterarbeit zum Bärenloch
Vorlage: KB/242/2017
3. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2015
Vorlage: KB/270/2017
4. Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2016
Vorlage: KB/271/2017
5. Erweiterung Ausbauprogramm für die Straße "Am Kirchhübel"
Vorlage: KB/264/2017
6. Erweiterung Ausbauprogramm für die Waldstraße
Vorlage: KB/265/2017
7. Umbau Altes Pfarrheim
 - 7.1. Vergabe von Bauleistungen
hier: Taktile Beschilderung
Vorlage: KB/267/2017
 - 7.2. Vergabe von Bauleistungen
hier: Malerarbeiten
Vorlage: KB/269/2017
 - 7.3. Vergabe von Bauleistungen
hier: Fliesenarbeiten
Vorlage: KB/268/2017

8. Um- bzw. Neugestaltung Dorfplatz Kindsbach
- 8.1. Zustimmung zu überplanmäßigen Auszahlungen
Vorlage: KB/272/2017
- 8.2. Vergabe von Tiefbauleistungen | Beauftragung Baufirma
Vorlage: KB/258/2017
- 8.3. Auftragsvergabe Ingenieurleistungen Elektrotechnik LPH 1-9
Vorlage: KB/266/2017
9. Anpassung der lohnintensiven Gebühren für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: KB/259/2017
10. Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz
hier. Antrag der FWG-Fraktion
Vorlage: KB/261/2017
11. Bauantrag_Neubau einer Werkhalle mit Sozialräumen und Büros_Industriestraße
Vorlage: KB/274/2017
12. Zustimmung der Ortsgemeinde Kindsbach zur geplanten Teilsanierung der Mehrzweck-
halle Kindsbach durch den Schulträger - die Verbandsgemeinde Landstuhl
Vorlage: KB/275/2017
13. Verschiedenes - Anfragen und Mitteilungen
- 13.1. Anfragen gem. § 19 der Geschäftsordnung
- 13.2. Mitteilungen der Verwaltung

Protokoll:

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 2 Präsentation einer Semesterarbeit zum Bärenloch Vorlage: KB/242/2017

Sachverhalt:

In der Sitzung wird eine Semesterarbeit zum Bärenloch vorgestellt.

Beratung und Beschlussfassung:

Die beiden Damen Müller und Eschenbaum stellen die in der Anlage beigefügte Präsentation vor.

zur Kenntnis genommen

TOP 3 Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2015 Vorlage: KB/270/2017

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat gemäß § 110 GemO den Jahresabschluss 2015 nach den Grundsätzen der §§ 112 f GemO dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden vermittelt.

Allen Ratsmitgliedern wurden mit der Einladung zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Rechenschaftsbericht des Ortsbürgermeisters über die Haushaltsführung, die Bilanz und der Anhang des Haushaltsjahres 2015 übersandt.

Über das Ergebnis der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Gregor Budell, in der Sitzung des Gemeinderates berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss möge den Jahresabschluss 2015 prüfen und dem Gemeinderat eine Empfehlung aussprechen.

Der Gemeinderat möge den geprüften Jahresabschluss 2015 der Ortsgemeinde Kindsbach feststellen und die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur

Kenntnis nehmen.

Der Gemeinderat möge dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Landstuhl sowie dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten der Ortsgemeinde Kindsbach für das Rechnungsjahr 2015 uneingeschränkt Entlastung erteilen.

Beratung und Beschlussfassung:

Ortsbürgermeister Böhlke und Erste Beigeordnete Lang-Wenzel verlassen bei diesem Tagesordnungspunkt gemäß § 22 GemO den Sitzungstisch. Das älteste Ratsmitglied Lothar Lür übernimmt den Vorsitz.

Der Gemeinderat stellt den geprüften Jahresabschluss 2015 der Ortsgemeinde Kindsbach fest und nimmt die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur Kenntnis.

Weiterhin erteilt der Gemeinderat dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Landstuhl sowie dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten der Ortsgemeinde Kindsbach für das Rechnungsjahr 2015 uneingeschränkt Entlastung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

TOP 4 Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses 2016 Vorlage: KB/271/2017

Sachverhalt:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat gemäß § 110 GemO den Jahresabschluss 2016 nach den Grundsätzen der §§ 112 f GemO dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden vermittelt.

Allen Ratsmitgliedern wurden mit der Einladung zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses der Rechenschaftsbericht des Ortsbürgermeisters über die Haushaltsführung, die Bilanz und der Anhang des Haushaltsjahres 2016 übersandt.

Über das Ergebnis der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wird der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Herr Gregor Budell, in der Sitzung des Gemeinderates berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss möge den Jahresabschluss 2016 prüfen und dem Gemeinderat eine Empfehlung aussprechen.

Der Gemeinderat möge den geprüften Jahresabschluss 2016 der Ortsgemeinde Kindsbach feststellen und die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur Kenntnis nehmen.

Der Gemeinderat möge dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Landstuhl sowie dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten der Ortsgemeinde Kindsbach für das Rechnungsjahr 2016 uneingeschränkt Entlastung erteilen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat stellt den geprüften Jahresabschluss 2016 der Ortsgemeinde Kindsbach fest und nimmt die geprüften Anlagen zum Jahresabschluss zur Kenntnis.

Weiterhin erteilt der Gemeinderat dem Bürgermeister und den Beigeordneten der Verbandsgemeinde Landstuhl sowie dem Ortsbürgermeister und den Beigeordneten der Ortsgemeinde Kindsbach für das Rechnungsjahr 2016 uneingeschränkt Entlastung.

Ortsbürgermeister Böhlke und Erste Beigeordnete Lang-Wenzel kommen zurück an den Sitzungstisch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 11 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 5 Erweiterung Ausbauprogramm für die Straße "Am Kirchhübel"
Vorlage: KB/264/2017**

Sachverhalt:

Das Ausbauprogramm für die Straße „Am Kirchhübel“ wurde bereits in der Gemeinderatsitzung am 27.04.2016 beschlossen. Der Gemeinderat hatte sich für den Ausbau mit Asphalt (1. Variante) entschieden. Die Verbandsgemeindewerke Landstuhl haben zwischenzeitlich in der Straße „Am Kirchhübel“ eine grabenlose Kanalsanierung im Inlinerverfahren durchgeführt. Um die Kosten abrechnen zu können, muss die Kanalsanierung dem bereits beschlossenen Ausbauprogramm hinzugefügt werden.

Die Kosten der Maßnahme standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Beratungsvorlage noch nicht fest, werden aber vom Vorsitzenden in den Sitzungen bekanntgegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Bauausschuss möge über die Angelegenheiten beraten und für den Gemeinderat einen Empfehlungsbeschluss fassen.
2. Der Gemeinderat möge die Erweiterung des Ausbauprogrammes für die Straße „Am Kirchhübel“ durch die Kanalsanierung der VG Werke beschließen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung des Ausbauprogramms.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

fangen 0

**TOP 6 Erweiterung Ausbauprogramm für die Waldstraße
Vorlage: KB/265/2017**

Sachverhalt:

Das Ausbauprogramm für die Waldstraße wurde bereits in der Gemeinderatssitzung am 27.04.2016 beschlossen. Der Gemeinderat hatte sich für den Ausbau mit Asphalt (1. Variante) entschieden. Die Verbandsgemeindewerke Landstuhl haben zwischenzeitlich in der Waldstraße eine grabenlose Kanalsanierung im Inlinerverfahren durchgeführt. Um die Kosten abrechnen zu können, muss das bereits beschlossene Ausbauprogramm um die Kanalsanierung erweitert werden.

Die Kosten standen zum Zeitpunkt der Erstellung der Beratungsvorlage noch nicht fest, werden aber vom Vorsitzenden in den Sitzungen bekanntgegeben.

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Bauausschuss möge über die Angelegenheiten beraten und für den Gemeinderat einen Empfehlungsbeschluss fassen.
2. Der Gemeinderat möge die Erweiterung des Ausbauprogrammes für die Waldstraße durch die Kanalsanierung der VG Werke beschließen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt die Erweiterung des Ausbauprogramms.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

TOP 7 Umbau Altes Pfarrheim

**TOP 7.1 Vergabe von Bauleistungen
hier: Taktile Beschilderung
Vorlage: KB/267/2017**

Sachverhalt:

Die taktile Beschilderung wurde in der 41. KW beschränkt ausgeschrieben.

Angebotsanforderungen: 7

Die Submission fand am 12.10.2017 um 11:00 Uhr im Rathaus der VG-Landstuhl statt.

Eingegangene Angebote: 4

Die eingegangenen Angebote wurden durch das Architekturbüro geprüft. Die Fa. Schilder Illig GmbH aus Stollberg hat mit 11.777,19 € (brutto) das günstigste Angebot vorgelegt.

Das Budget für die taktile Beschilderung gemäß Kostenberechnung vom 26.07.2016 beträgt 7.140,00 € (brutto). Somit liegt die Angebotssumme der Fa. Schilder Illig über der veranschlagten Summe.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Auftrag an Fa. Schilder Illig aus Stollberg, vergeben.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 7.2 Vergabe von Bauleistungen
hier: Malerarbeiten
Vorlage: KB/269/2017**

Sachverhalt:

Die Malerarbeiten wurden in der 41. KW beschränkt ausgeschrieben.

Angebotsanforderungen: 10

Die Submission fand am 10.10.2017 um 11:15 Uhr im Rathaus der VG-Landstuhl statt.

Eingegangene Angebote: 8

Die eingegangenen Angebote wurden durch das Architekturbüro geprüft. Die Fa. Thomas aus Schopp hat mit 15.343,21 € (brutto) das günstigste Angebot vorgelegt.

Das Budget für die Malerarbeiten gemäß Kostenberechnung vom 26.07.2016 beträgt 24.362,87 € (brutto). Somit liegt die Angebotssumme der Fa. Thomas unter der veranschlagten Summe.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Auftrag an Fa. Thomas aus Schopp vergeben.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 7.3 Vergabe von Bauleistungen
hier: Fliesenarbeiten
Vorlage: KB/268/2017**

Sachverhalt:

Die Fliesenarbeiten wurden in der 41. KW beschränkt ausgeschrieben.

Angebotsanforderungen: 10

Die Submission fand am 10.10.2017 um 11:00 Uhr im Rathaus der VG-Landstuhl statt.

Eingegangene Angebote: 5

Die eingegangenen Angebote wurden durch das Architekturbüro geprüft. Die Fa. Klinck aus Rutsweiler am Glan hat mit 23.950,53 € (brutto) das günstigste Angebot vorgelegt.

Das Budget für die Fliesenarbeiten gemäß Kostenberechnung vom 26.07.2016 beträgt 28.679,00 € (brutto).

Somit liegt die Angebotssumme der Fa. Klick unter der veranschlagten Summe.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den Auftrag an Fa. Klick aus Rutsweiler am Glan vergeben.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

TOP 8 Um- bzw. Neugestaltung Dorfplatz Kindsbach

**TOP 8.1 Zustimmung zu überplanmäßigen Auszahlungen
Vorlage: KB/272/2017**

Sachverhalt:

Abteilung 3 - Bauen und Umwelt -

Für die Maßnahme „Neugestaltung Umfeld Pfarrheim“ wurden - wie selbstverständlich zuvor mit den Planern (Büro *stadtgespräch*) abgestimmt - im Haushalt 2017 unter 5735 – M 1401 lediglich Planungskosten in Höhe von 100.000 € veranschlagt, wovon aktuell noch rund 98.000 € zur Verfügung stehen. Um dann im Jahr 2017 die notwendigen Arbeiten auch ausschreiben und vergeben zu können, wurde zudem – auf Basis der damals vorliegenden Kostenschätzung des Büros *stadtgespräch* - im Haushalt 2017 eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von weiteren 800.000 € zu Lasten des Haushaltsjahres 2018 eingestellt.

Inzwischen liegt der Bauabteilung die aktuell fortgeschriebene Kostenberechnung nach DIN 276 vor, die auf Grundlage der Entwurfsplanung bzw. der weiterentwickelten Planung (unter Einbeziehung des Fachplanungsbüros Kühn) vom Büro *stadtgespräch* ermittelt wurde. Diese schließt mit einer Summe von rund 1.060.000 €. Um einen gewissen Sicherheitspuffer zu haben, sollte hier von einem Betrag in Höhe von 1,1 Mio € ausgegangen werden.

Auf Grundlage dieser Kostenberechnung und der dieser zugrunde liegenden Planung sollen noch in diesem Jahr die Bauarbeiten ausgeschrieben werden. Aus gewährleistungstechnischen, bauablauftechnischen und letztlich natürlich auch finanziellen Gründen (keine doppelten Baustelleneinrichtungen usw.) sollte eine Aufteilung der Baumaßnahme in Lose unbedingt vermieden werden.

Im Ergebnis führt dies dazu, dass im derzeitigen Budget rund 200.000,-€ fehlen!

Auch wenn die Arbeiten planmäßig im Jahr 2018 durchgeführt werden sollen und entsprechende Gelder erst anschließend zur Auszahlung gelangen, kann - aufgrund der geschilderten Deckungslücke im Haushalt - die Ausschreibung aus rechtlichen Gründen nicht ohne Weiteres wie vorgesehen durchgeführt werden, da die Gemeinde bereits mit der Einleitung des Vergabeverfahrens eine vorvertragliche, verbindliche Verpflichtung eingeht.

Abteilung 4 - Finanzen -

Gemäß § 100 Abs. 2 GemO sind überplanmäßige Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, die im folgenden Haushaltsjahr fortgeführt werden, auch dann zulässig, wenn ihre Deckung im laufenden Haushaltsjahr nur durch eine Nachtragshaushaltssatzung möglich wäre, die Deckung aber im folgenden Haushaltsjahr gewährleistet ist. Sind die überplanmäßigen Auszahlungen nach Umfang oder Bedeutung erheblich, bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates.

Bei der Maßnahme „Neugestaltung Umfeld Pfarrheim“ handelt es sich um eine Investition, die im folgenden Haushaltsjahr fortgeführt wird. Die Deckung im laufenden Haushaltsjahr wäre gemäß § 98 Abs. 2 Nr. 4 GemO grundsätzlich nur mit einer Nachtragshaushaltssatzung möglich. Im folgenden Haushaltsjahr ist die Deckung insbesondere aufgrund von Vermögensveräußerungserlösen und Landeszuwendungen gewährleistet. Da es sich bei dem oben genannten Fehlbetrag in Höhe von rund 200.000,00 € um einen für die Ortsgemeinde Kindsbach erheblichen Betrag handelt, bedarf dies der Zustimmung des Gemeinderates.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge den überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 200.000,00 € für die Maßnahme „Neugestaltung Umfeld Pfarrheim“ zustimmen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja 10 Nein 0 Enth. 2 Befangen 0

**TOP 8.2 Vergabe von Tiefbauleistungen | Beauftragung Baufirma
Vorlage: KB/258/2017**

Sachverhalt:

Im Rahmen des Projektes „Neue Ortsmitte Kindsbach“, welches den Umbau des Dorfgemeinschaftshauses sowie die Neugestaltung des Dorfplatzes zum Ziel hat, läuft im Herbst/Winter 2017/2018 die Ausschreibung zur Vergabe der Tiefbauarbeiten.

Um den Baubeginn im Frühjahr realisieren zu können, muss die Ausschreibung u.a. über den Jahreswechsel in der Urlaubszeit erfolgen. Das setzt u.a. voraus, dass unter Wahrung der VOB-Fristen die Baufirma entsprechend beauftragt werden kann.

Die Abteilung 3 / FB TB schlägt daher vor, um unabhängig von einer Ausschusssitzung über den Jahreswechsel zu sein, einen Vorratsbeschluss zur Beauftragung der Baufirma zu fassen.

Zur Finanzierung der Tiefbaumaßnahme wurden im Haushalt 2017 Gelder für die Planungskosten vorgesehen. Unter der Maßnahmen-Nummer 5735-096930-5735 1401-1 (Neugestaltung Umfeld Pfarrheim) stehen hierfür insgesamt 98.440,- € (Stand 04.10.2017) zur Verfügung. Die eigentliche tiefbautechnische Umsetzung ist für das Jahr 2018 vorgesehen. Entsprechend wurde im HH2017 lediglich eine sog. Verpflichtungsermächtigung (VE) über 900.000,- € festgesetzt. **Auf Basis dieser VE darf die Beauftragung der Tiefbaufirma noch im Haushaltsjahr 2017 vollzogen werden.** Für das Haushaltsjahr 2018 sind dann die kompletten Projektkosten (Baukosten & Planungskosten) zu veranschlagen.

Beschlussvorschlag:

Konkret möge am 08.11.2017 der Haupt- und Bauausschuss den Empfehlungsbeschluss unter Beachtung der Haushaltslage fassen, dem wirtschaftlichsten Bauunternehmer den Zuschlag zur Ausführung der Bauarbeiten zu erteilen.

In der nachfolgenden Gemeinderatsitzung am 22.11.2017 ist dann der endgültige Beschluss in genannter Angelegenheit zu fassen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 8.3 Auftragsvergabe Ingenieurleistungen Elektrotechnik LPH 1-9
Vorlage: KB/266/2017**

Sachverhalt:

Das Ingenieurbüro Kühn aus Kaiserslautern wurde um ein Angebot für die Planung und Überwachung der Elektroinstallationen gebeten.

Das Büro bietet die Planung der Technischen Ausrüstung nach HOAI 2013, Honorarzone 2, Mindestsatz an.

Das Angebot ist wirtschaftlich und entspricht den Vorgaben der HOAI. Das Honorar wurde vorläufig nach der Kostenschätzung des Büros Stadtgespräch ermittelt. Nach Auftragserteilung und Erstellung der Entwurfsplanung wird eine Kostenbe-

rechnung erstellt und das Honorar angepasst.
Die vorläufige Honorarschätzung beläuft sich auf 11.283,89 €.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge darüber beraten und entscheiden.
Die Bauabteilung empfiehlt die Vergabe der Leistung an das Büro Kühn aus Kaiserslautern.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen Ja 11 Nein 0 Enth. 1
Befangen 0**

**TOP 9 Anpassung der lohnintensiven Gebühren für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: KB/259/2017**

Sachverhalt:

Aufgrund des Tarifabschlusses vom 29.04.2016 wurde ab 01.02.2017 eine Lohnsteigerung von 2,35 % für den kommunalen Bereich gültig. Der Gesamt-Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 24 Monaten und endet am 28.02.2018.

Infolge dessen erfolge für das Haushaltsjahr 2017 eine Erhöhung der lohnintensiven Gebühren um 2,35%.

Da die Tarifrunde 2018 noch nicht begonnen hat und die tatsächliche Lohnerhöhung für 2018 noch nicht ermittelt werden kann, schlägt die Friedhofsverwaltung eine Erhöhung der lohnintensiven Gebühren von 2,5% für das Haushaltsjahr 2018 vor.

Die Lohnsteigerung wird nach Rücksprache mit der Personalabteilung in dieser Höhe für das kommende Haushaltsjahr eingeplant.

Bei den Grabaushubgebühren für Erd- und Urnenbestattungen wurde der tatsächliche Durchschnittswert der letzten drei Jahre ermittelt.
Aktuell liegen die Gebühren leicht unter diesen tatsächlichen durchschnittlichen Kosten und erreichen diese auch nach lohnintensiver Anpassung noch nicht.
Diese Gebühren sollten entsprechend dem Durchschnitt der letzten drei Jahre angepasst werden.

Gleichzeitig macht die Friedhofsverwaltung den Vorschlag, die Beträge gemäß beiliegender Aufstellung zu runden.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss möge eine Empfehlung aussprechen; der Gemeinderat möge entscheiden

Der Gemeinderat beschließt die lohnintensiven Friedhofsgebühren, wie in der Anlage dargestellt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0
Befangen 0**

**TOP 10 Auf- und Ausbau von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz
hier. Antrag der FWG-Fraktion
Vorlage: KB/261/2017**

Sachverhalt:

Nachdem am 22. August der Zuschlag für den WLAN-Rahmenvertrag des Landes an „The Cloud Networks Germany GmbH“ vergeben wurde, ist am 1. Oktober 2017 das Programm zur Förderung des Ausbaus von WLAN-Hotspots in Rheinland-Pfalz gestartet.

Mit dem WLAN-Rahmenvertrag stellt das Land seinen Kommunen ein umfangreiches „**Rundum-Sorglos-Paket**“ zur Verfügung:

Aufwendige **Einzelausschreibungen entfallen.**

Mit dem „**Basispaket**“ bietet der Rahmenvertrag alles, was für einen Hotspot grundlegend benötigt wird: Rechtssicherheit (Störerhaftung), Auftragsklärung, Hardware, Internetanschluss, SSID (Die Abkürzung SSID steht für "Service Set Identifier". Hinter der Bezeichnung versteckt sich der Name von einzelnen WLAN-Netzwerken.), Zugangssicherung, Landingpage (Startseite mit Landeslogo), Jugendschutz, Rechnungsstellung, Wartung & Pflege etc.

Durch **Erweiterungsmöglichkeiten** werden zusätzliche, optionale Leistungen und Hardwareerweiterungen (In-/Outdoor), Bedarfsermittlung, Vor-Ort-Dienste etc., angeboten, mit denen ein WLAN-Hotspot funktional und technisch auf eigene Rechnung erweitert werden kann.

Hier die **wichtigsten Eckpunkte** des WLAN-Förderprogramms:

Das Land fördert auf Grundlage der „Förderkriterien Ausbau von WLAN-Hotspots in den Kommunen von Rheinland - Pfalz“ den Ausbau von WLAN-Hotspots einmalig pauschal mit 500 Euro je Antragsteller / Kommune.

Zur Inanspruchnahme des pauschalen Förderbetrags von 500 Euro je Antragsteller / Kommune ist eine Inanspruchnahme des kompletten Förderfestbetrags anhand von Originalrechnungen nachzuweisen.

Jährlich werden zwei Auswahltermine durchgeführt: 31.3. und 30.9. In diesem Jahr sind, Anträge davon abweichend bis zum 30.11. möglich.

Mit der pauschalen Festbetragsförderung können Leistungen aus dem WLAN Rahmenvertrag des Landes aber auch mit vergleichbaren Leistungen direkt am Markt bezuschusst werden. Genauerer regeln die „Förderkriterien Ausbau von WLAN-Hotspots in den Kommunen von Rheinland –Pfalz“

Orte in Kindsbach, an denen öffentliche WLAN-Versorgung bereitgestellt werden kann:

- die Mehrzweckhalle,
- die Heidenfels Grundschule,
- der Bahnhof,
- der „neue Dorfplatz“

Vor- und Nachteile von WLAN

WLAN erfreut sich konstant steigender Beliebtheit und findet sich längst nicht mehr nur in modernen Büros, sondern mittlerweile auch in zahlreichen Privathaushalten.

Dies ist durchaus auch nachvollziehbar, denn WLAN bedeutet nicht nur, dass eine kabellose, schnelle Verbindung zum Internet möglich ist, sondern bietet darüber hinaus einige weitere wesentliche Vorteile.

Hier eine Übersicht:

kostengünstige Erweiterung von bestehenden Netzwerken.

Werden bestehende Netzwerke auf die traditionelle Art und Weise erweitert, steht

dies im Regelfall im Zusammenhang mit einer recht aufwendigen und teuren Neuverkabelung. Diese entfällt allerdings, wenn WLAN-Komponenten in die bestehende Netzwerkstruktur integriert werden und das Netzwerk auf diese Weise ohne Neuverkabelung erweitert wird.

Hinzu kommt als Nebeneffekt, dass auf diese Weise zeitgleich auch neue User/Nutzer kurzfristig in das bestehende Netzwerk eingebunden werden können.

Nutzbarkeit.

Öffentlich zugängliches WLAN kann dazu führen, dass z.B. **öffentliche Plätze** und **touristische Orte** attraktiver werden und deshalb auch häufiger frequentiert werden. Dank der mittlerweile recht zahlreichen Hotspots an öffentlichen Plätzen wie beispielsweise Bahnhöfen, Flughäfen, Hotels und Restaurants ist es durch WLAN möglich, sich nahezu unbegrenzt in das Internet einzuwählen, um so auf das Unternehmensnetzwerk zugreifen zu können oder auch, um seine E-Mails und andere Daten abzurufen. Viele Menschen, die auf der Durchreise, Dienstreise, Montagearbeiter, Asylantenwärter oder Militärangehörige ohne Festnetzanschluss sind, nutzen gerne die Möglichkeit des WLAN's, um zu kommunizieren und korrespondieren.

Gebäudeschutz.

WLAN erfordert kein Verlegen von Kabeln und kein Bohren und Legen von Leitungen. Insofern ist WLAN insbesondere dann eine Alternative, wenn Netzwerke in Gebäuden eingerichtet werden sollen, die aufgrund von Auflagen hinsichtlich des Gebäude- oder Denkmalschutzes baulich nicht verändert werden dürfen.

Allerdings stehen diesen Vorteilen auch Nachteile gegenüber:

Geschwindigkeit.

Mehrere Faktoren nehmen Einfluss auf die Übertragungsgeschwindigkeit, dazu gehört beispielsweise, wie viele User/Nutzer auf eine Funkzelle zurückgreifen. Je mehr User/Nutzer sich allerdings einen Accesspoint (Zugriffspunkt) teilen, desto weiter wird auch die Übertragungsgeschwindigkeit aufgeteilt, das heißt, desto langsamer wird die Verbindung.

Hinzu kommen die häufig deutlichen Differenzen zwischen der Netto- und der Brutorate der Bandbreite. Dies erklärt sich damit, dass es sich bei den Angaben zu den Übertragungsraten um theoretische Werte handelt, die in der Praxis aber meist nicht erreicht werden können.

Störungen.

Ein weiterer Nachteil kann sich dadurch ergeben, dass WLAN Luftschnittstellen nutzt, auf die auch andere Geräte wie beispielsweise Funkfernbedienungen, funkgesteuerte Zentralverriegelungen oder Mikrowellen zurückgreifen.

Dies kann zu Störungen und teils sogar Ausfällen des Netzwerks führen. Zudem gilt bei der Installation auf die baulichen Merkmale zu achten. So können beispielsweise Stahlträger, Metallverstrebungen oder extrem dicke Wände in Altbauten dazu führen, dass die Signale ihr Ziel nicht ordnungsgemäß erreichen.

Überwachung.

Jede Session (Sitzung der WLAN Nutzer) wird gespeichert.

Nutzen des WLAN-Netzes aus der männlichen und weiblichen Perspektive.

Die WLAN- Accesspoints werden überwiegend von Männern genutzt. Es kann sein, dass Frauen sie weniger nutzen, weil Ihnen die männliche Präsenz an diesen Punkten nicht gefällt bzw. sich nicht sicher fühlen. Deshalb wäre es wichtig, eine sichere und gut geschützte Möglichkeit zur Nutzung für die Frauen zu berücksichtigen.

Kosten.

Anschaffungskosten ab ca. 1.000 €.

Unterhaltungskosten für Hotspot - Paket inkl. Internet - Leitung, exklusive Hardware und inklusive Service-Desk für vorqualifizierte Störungsmeldungen 409,80 € (jährlich).

Mietkosten ab 217,08 € (jährlich).

Energiekosten ca. 78,00 € (jährlich).

Wartungskosten ca. 37,12 € (jährlich)

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt zwei WLAN-Hotspots bereitzustellen. Als Standorte wurden die Mehrzweckhalle Kindsbach (innen) sowie das Alte Pfarrheim mit dem neuen Dorfplatz beschlossen. Die mögliche Kündigungsfrist soll geprüft werden, da nach einem Jahr neue Preise eingeholt werden sollen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

**TOP 11 Bauantrag_Neubau einer Werkhalle mit Sozialräumen und Büros_Industriestraße
Vorlage: KB/274/2017**

Sachverhalt:

Betr.: Erläuterungen zu Bauanträgen Gem. BV. Nr: 15/17

Baustelle: Industriestr. 12, 66862 Kindsbach

Projekt: Neubau einer Werkhalle mit Sozialräumen und Büros

Baugeb. gem. BauNV GE Plan-Nr. 1038/3 + 1038/5

Stellungnahme der Bauverwaltung:

- § 30 BauGB Bebauungsplan....Wohngebäude....Genehmigungsfrei
- § 30 BauGB sonstige Vorhaben
- § 34 BauGB Ortsbereich
- § 34 Abs. 4 BauGB Abrundungssatzung
- § 35 BauGB Außenbereich
- Einwände ja / keine

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsgemeindeverwaltung empfiehlt, das Einvernehmen herzustellen.

Beratung und Beschlussfassung:

Das Einvernehmen wird hergestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

TOP 12 Zustimmung der Ortsgemeinde Kindsbach zur geplanten Teilsanierung der

Mehrzweckhalle Kindsbach durch den Schulträger - die Verbandsgemeinde Landstuhl
Vorlage: KB/275/2017

Sachverhalt:

Im Rahmen des zusätzlich – ausschließlich zur Verbesserung der Schulinfrastruktur - aufgelegten Kommunalinvestitionsförderprogramms – KI 3.0, Kapitel 2, wurde der Verbandsgemeinde Landstuhl aufgrund des aktuellen Kreistagsbeschlusses ein zusätzliches Zuschussbudget in Höhe von 373.371 € zugeteilt. Zuzüglich des verpflichtenden Eigenanteils in Höhe von 10 % beträgt das notwendige Investitionsvolumen somit 414.856 €.

Vorbehaltlich des erforderlichen Verbandsgemeinderatsbeschlusses, beabsichtigt die Verbandsgemeinde die zur Verfügung stehenden Mittel für eine Teilsanierung der Mehrzweckhalle Kindsbach zu verwenden. Derzeit vorgesehen sind die Sanierung der sanitären Anlagen und ggf. des Prallschutzes.

Ausschlaggebend hierfür ist, dass die VG in den vergangenen Jahren sämtliche Schulsporthallen aufwendig saniert hat. Da die Heidenfels Grundschule über keine eigene Sporthalle verfügt, findet der Schulsport in der gemeindeeigenen Mehrzweckhalle statt, die zumindest in den o. g. Teilen erheblich sanierungsbedürftig ist. Aufgrund der überwiegenden Schulsportnutzung (deshalb beteiligt sich die VG seit Jahren vertragsgemäß mit 80 % an den laufenden Unterhaltungskosten) sieht sich die VG auch hier in der Pflicht, zur Verbesserung der indirekt gegebenen Schulinfrastruktur tätig zu werden.

Da jedoch die Mehrzweckhalle im Gemeindeeigentum steht, benötigt sie die ausdrückliche Zustimmung der Ortsgemeinde zur vorgesehenen Sanierungsmaßnahme.

Der Vorsitzende wird in der Sitzung berichten.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge über die Angelegenheit beraten und der Durchführung der vorgesehenen Sanierungsmaßnahme durch den Schulträger – die Verbandsgemeinde Landstuhl – zustimmen.

Beratung und Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja 12 Nein 0 Enth. 0 Befangen 0

TOP 13 Verschiedenes - Anfragen und Mitteilungen

TOP 13.1 Anfragen gem. § 19 der Geschäftsordnung

Ratsmitglied Donauer informiert über Markierungen in der Marktstraße, Wiesen-

straße, Eisenbahnstraße und auf der Ziegelhütte und möchte wissen, welche Bedeutung diese haben. Der Vorsitzende kann hierzu momentan keine Informationen geben. Nach Rücksprache mit der Verwaltung wird dies derzeit geprüft.

Ratsmitglied Michael Lür möchte wissen, wie die Halterung für den Kerwestrauß nun geplant ist. Dies wird nochmals genau besprochen.

TOP 13.2 Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen im öffentlichen Teil vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende um 20:35 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Knut Böhlke

Vorsitzender

Vanessa von Ah

Schriftführerin